

Verlässliche Finanzpolitik der Koalition

Rettungsschirm ESM tritt in Kraft und Fiskalvertrag wird umgesetzt

Der konsequente Kurs der christlich-liberalen Koalition bei der Bewältigung der Staatsschuldenkrise zahlt sich aus: Der dauerhafte Rettungsschirm ESM konnte mittlerweile seine Arbeit aufnehmen und die innerstaatliche Umsetzung des Fiskalvertrags wurde in dieser Woche auf den parlamentarischen Weg gebracht.



Foto: picture alliance / dpa

Die Euro-Zone hat nun einen dauerhaften Rettungsschirm mit 700 Milliarden Euro Stammkapital aufgespannt. Mit bis zu 500 Milliarden Euro - wovon 190 Milliarden auf Deutschland entfallen - kann der ESM jetzt Krisenstaaten unter die Arme greifen. Damit löst der ESM den zeitlich begrenzten Rettungsschirm EFSF ab. Nach mehr als zweijährigen Verhandlungen hat der ESM-Gouverneursrat am 8. Oktober den Rettungsmechanismus ESM offiziell aus der Taufe gehoben. Zuvor hatten in Brüssel die Ständigen Vertreter der Eurostaaten eine Erklärung unterzeichnet. Diese stellt völkerrechtlich sicher, dass die Vorgaben des Bundesverfassungsgerichts zum ESM eingehalten werden. Das Karlsruhe Gericht hatte im September entschieden, dass die deutsche Haftungsgrenze von 190 Milliarden Euro nicht ohne Zustimmung des deutschen Vertreters in den ESM-Gremien erhöht werden darf. Da die Koalition den europäischen Fiskalvertrag

Konsequente Politik zahlt sich aus

zur Grundvoraussetzung für die Zustimmung zum dauerhaften Rettungsschirm ESM gemacht hatte, hat die unionsgeführte Bundesregierung konsequenterweise die Umsetzung der Fiskalpaktregeln in dieser Woche auf den parlamentarischen Weg gebracht. Die wesentlichen Vorgaben sind mit der Schuldenbremse und der parallelen Einrichtung des Stabilitätsrats bereits erfüllt. Am Freitag hat sich der Deutsche Bundestag in erster Lesung mit dem Gesetz zur innerstaatlichen Umsetzung des Fiskalvertrags befasst. Mit diesem Gesetz wird unter anderem die für Deutschland maßgeblich zulässige Obergrenze für das strukturelle gesamtstaatliche Finanzierungsdefizit von maximal 0,5 Prozent des Bruttoinlandsprodukts im Haushaltsgrundsatzgesetz festgeschrieben. Mit dem Inkrafttreten des ESM und der Umsetzung des Fiskalvertrags belegt die christlich-liberale Koalition erneut, dass sich ihr konsequenter Kurs auszahlt.

*Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Freunde!*

Die Erhöhung der Ökostromumlage gehörte zu den schlechten Nachrichten in dieser Woche. Sie zeigt, dass das Erneuerbare-Energien-Gesetz die Kosten für die Verbraucher nie im Blick hatte.



Das Modell einer Stromproduktion unabhängig vom Bedarf und mit gesetzlich auf 20 Jahre garantierter Rendite hat den Ausbau der Erneuerbaren in Fahrt gebracht, leider hat Rot/Grün die Bremse vergessen. Erst nach 2009 konnte die christlich-liberale Koalition beginnen, das Trittin-Desaster zu beseitigen und deutliche Korrekturen am EEG durchzusetzen. Denn es ist nie klug, ohne Bremse unterwegs zu sein.

Es ist zwar eine gute Nachricht, dass nun schon 25 Prozent unserer Energie auf regenerative Weise erzeugt werden - doch mit dem Ausbau von Leitungen und der Entwicklung von Speicherkapazitäten kann bei diesem rasanten Ausbautempo niemand mehr folgen. Ein Windrad ist schneller gebaut, als eine tausend Kilometer lange Hochspannungsleitung; erst Recht bei hohen Renditen.

Der Blick gehört jetzt auf die Strompreise. Anfang 2012 haben wir bereits die größten Ausreißer bei den Ausnahmen von der EEG-Umlage beseitigt. Die Wirtschaft braucht bezahlbare Energie, doch die Energiewende ist eine gesamtgesellschaftliche Herausforderung. Die EEG-Umlage muss auf möglichst breiten Schultern lasten, von einer Befreiung können nur die Unternehmen profitieren, die im internationalen Wettbewerb darauf angewiesen sind. Und zur Energiewende gehört auch das Energiesparen. Dort muss die SPD-Blockade der energetischen Gebäudesanierung im Bundesrat endlich aufhören. Energie, die niemand verbraucht, braucht auch niemand zu bezahlen.

Mit freundlichen Grüßen

Antisemitismus

Koalition gegen Antisemitismus

Ein von der Bundesregierung in Auftrag gegebener Bericht eines unabhängigen Expertenkreises hat aufgezeigt, dass in der deutschen Gesellschaft nach wie vor antisemitische Tendenzen in unterschiedlich ausgeprägtem Ausmaß vorhanden sind. Vertreter der christlich-liberalen Koalition haben deshalb zu einem entschiedenen Eintreten gegen den Antisemitismus aufgerufen. Bundesinnenminister Friedrich betonte in der Debatte über den Bericht in dieser Woche im Bundestag, der Antisemitismus berühre „die Grundfesten unserer Demokratie, unserer Freiheit, unseres Zusammenlebens“. Die CSU-Landesgruppe wird sich weiter gegen jede Form von Antisemitismus einsetzen - denn nach dem unbeschreiblichen Leid des Holocaust ist uns das jüdische Leben in Deutschland ein besonders wichtiges Anliegen.

Basel III-Paket

Wichtiger Schritt zur Krisenfestigkeit der Banken

Der Deutsche Bundestag hat in dieser Woche ein Gesetz zur Umsetzung des sog. „Basel-III-Pakets“ in erster Lesung beraten. Mit dem Gesetz wird eine EU-Richtlinie in deutsches Recht umgesetzt, mit der die Widerstandskraft des Bankensystems in Europa nachhaltig gestärkt werden soll.

Als „Basel-III-Paket“ wird ein Reformpaket für die bereits bestehende Bankenregulierung „Basel II“ bezeichnet. Als Reaktion auf die Schwächen der bisherigen Bankenregulierung wurde dieses Reformpaket auf den Weg gebracht. Mit der Umsetzung der EU-Richtlinie zum Basel III-Regelwerk, werden die Eigenkapitalanforderungen für Banken deutlich verschärft. Banken müssen künftig ein qualitativ besseres und umfangreicheres Eigenkapital vorhalten. Höhere Eigenkapitalanforderungen sind notwendig, um die Widerstandsfähigkeit des Finanzsektors zu erhöhen. So können eventuelle Verluste besser aufgefangen werden. Auch das für die Stabilität einer Bank wich-

tige harte Kernkapital wird schrittweise um das Dreieinhalbfache erhöht und die Aufsicht kann zukünftig zusätzliche Kapitalpuffer verlangen. Die Verhandlungen zum Basel-III-Paket auf Europäischer Ebene sind noch nicht ganz abgeschlossen. Im Rahmen der weiteren Verhandlungen wird die christlich-liberale Koalition ihr besonderes Augenmerk auf die angemessene Berücksichtigung der Belange der mittelständischen Unternehmen richten. Dies gilt insbesondere für die Risikogewichtung von Krediten an die mittelständische Wirtschaft - denn höhere Zinsbelastungen und Probleme bei der Kreditbeschaffung müssen in jedem Fall vermieden werden.

Diese Woche

- | | |
|---|---|
| Verlässliche Finanzpolitik der Koalition
Rettungsschirm ESM tritt in Kraft und Fiskalvertrag wird umgesetzt | 1 |
| Antisemitismus
Koalition gegen Antisemitismus | 2 |
| Basel III-Paket
Wichtiger Schritt zur Krisenfestigkeit der Banken | 2 |
| Bundestagsabgeordnete im Gespräch
Telefonhotline der CSU-Landesgruppe | 2 |
| Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union
Hasselfeldt formuliert Bedingungen für mehr EU-Kompetenzen in Euro-Krise: „Entscheidend ist die Stabilität!“ | 3 |
| Parlamentariergruppe besucht Nord- und Südkorea
Stefan Müller leitet Delegationsreise nach Korea | 4 |
| Bürgerstiftungen stärken die Zivilgesellschaft
Gerda Hasselfeldt würdigt ehrenamtliches Engagement | 4 |

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Martina Klement
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Bundestagsabgeordnete im Gespräch



Foto: CSU-Landesgruppe

Telefonhotline der CSU-Landesgruppe

In dieser Woche hat die Landesgruppe wieder die kostenlose Telefonhotline geschaltet. Die Mitglieder der CSU-Landesgruppe haben sich zwei Stunden Zeit genommen, um mit Bürgerinnen und Bürgern aus Bayern am Telefon ins Gespräch zu kommen.

Am vergangenen Dienstag nutzten wieder zahlreiche Anrufer die Möglichkeit, mit ihrem zuständigen Abgeordneten oder einem der Fachpolitiker der Landesgruppe im Rahmen der Telefonhotline der CSU-Landesgruppe zu sprechen. Unter dem Motto „Ihre Meinung interessiert uns“ riefen mehrere hundert Bürgerinnen und Bürger an, um sich mit den christlich-sozialen Abgeordneten auszutauschen. Themen waren dabei unter anderem die Europäische Staatsschuldenkrise, die Einführung des Betreuungsgelds, die Praxisgebühr, der Donauausbau und verschiedene Fragestellungen aus den Bereichen Rente und Landwirtschaft.

Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union

Hasselfeldt formuliert Bedingungen für mehr EU-Kompetenzen in Euro-Krise: „Entscheidend ist die Stabilität!“

In der Debatte zur Weiterentwicklung der Europäischen Union hat die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, die Leitschnur der Christsozialen definiert: Entscheidend sei bei allen neuen Vorschlägen, ob die Ideen tatsächlich dazu führen, dass die gemeinsamen Stabilitätskriterien besser eingehalten werden. Daran seien alle Vorschläge zu messen, sagte Gerda Hasselfeldt in der Debatte am Donnerstag zur Regierungserklärung zum EU-Gipfel am 18. und 19. Oktober 2012 in Brüssel. Gleichzeitig unterstrich sie die bisherigen Erfolge des europäischen Stabilitätskurses der unionsgeführten Bundesregierung.

„Die Situation in den Krisenländern ist besser geworden. Wir sehen dort rückläufige Handelsbilanzdefizite. Wir sehen, dass dort die Lohnstückkosten sinken und die Länder damit auf dem Weg zu mehr Wettbewerbsfähigkeit sind. Wir sehen auch, dass sich einige Krisenländer in den vergangenen Wochen wieder zu erträglichen Konditionen am Kapitalmarkt refinanzieren konnten“. Mit diesen Feststellungen zu Beginn ihrer Rede machte die CSU-Landesgruppenvorsitzende am Donnerstag im Deutschen Bundestag deutlich, dass der Stabilitätskurs der unionsgeführten Bundesregierung in die richtige Richtung führt. Es sei richtig, den Krisenstaaten bei der Bewältigung ihrer Aufgaben zu helfen. Es sei aber auch richtig, diese Hilfe an strenge Auflagen zu knüpfen.

Auch den eher enttäuschenden ersten Auftritt des SPD-Kanzlerkandidaten Peer Steinbrück vor dem Bundestag griff die Landesgruppenvorsitzende auf: „Herr Steinbrück hat vorhin gesagt: Wir haben euch gezeigt, wie es geht. Schauen wir doch einmal: Was haben Sie uns denn gezeigt? Sie haben uns durch das Aufweichen der Stabilitätskriterien in Ihrer Regierungszeit gezeigt, was Sie von einer Stabilitätsunion halten, Sie waren der Grund dafür, dass sich niemand mehr in Europa an die Stabilitätskriterien gehalten hat, weil Sie das Signal dazu gegeben haben, sich nicht daran zu halten. Was haben Sie



Foto : Henning Schacht / berlinpressphoto

Die Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt, unterstrich am Donnerstag im Rahmen der Debatte zum Europäischen Rat die bisherigen Erfolge der unionsgeführten Bundesregierung bei der Bewältigung der Europäischen Staatsschuldenkrise.

uns denn noch gezeigt? Sie haben uns gezeigt, wie man nach einer Regierungszeit 5 Millionen Arbeitslose hinterlässt. 5 Millionen Menschen ohne Beschäftigung in einer Zeit, in der es keine Krise gegeben hat! Auf solche Rezepte können wir verzichten“, so Gerda Hasselfeldt.

Bei allen Überlegungen zur Fortentwicklung der EU müsse man eine Antwort auf die Fragen finden „Wie schaffen wir es denn, dass die mit dem Fiskalvertrag neu vereinbarten Stabilitätskriterien eingehalten werden? Reichen die jetzigen Instrumente hierfür aus? Reichen die jetzigen Kompetenzen?“ Diese Fragen müssten gelöst werden, doch diese Fragen seien auch die Grenzen für neue Instrumente oder die Übertragung von Kompetenzen auf die EU. Gerda Hasselfeldt: „Jede Kompetenzübertragung - an welche

europäische Institution auch immer - muss sich daran messen lassen, ob sie der Durchsetzung der gemeinsam vereinbarten Stabilitätskriterien dient. Der Stabilitätsrahmen setzt auch die Grenzen für neue europäische Kompetenzen oder Instrumente.“ Innerhalb des Stabilitätsrahmens dürfe es nach den Vorstellungen der CSU-Landesgruppenchefin keine Einmischung in die nationalen Kompetenzen geben. Und: „Kompetenzen auf eine andere Ebene dürfen nur dann übertragen werden, wenn wirklich sichergestellt ist, dass die Stabilitätskriterien damit besser und verbindlicher eingehalten werden, als das jetzt der Fall ist.“ Und weiter: „Wir sind und bleiben solidarisch in Europa, aber eben nicht bedingungslos.“

Die Landesgruppenchefin mahnte zudem auf europäischer Ebene Sorgfalt bei der Entwicklung einer einheitlichen europäischen Bankenaufsicht an. Es sei nicht nötig, alle europäischen Banken unter Aufsicht zu stellen. Dies sei nur für grenzüberschreitend tätige Institute notwendig und für solche, deren Pleite das gesamte Finanzsystem bedrohen könnte. Und direkte Hilfen für kriselnde Banken dürfe es aus dem Euro-Rettungsschirm erst geben, wenn die Bankenaufsicht tatsächlich funktioniere und nicht bloß auf dem Papier stehe. Aber auch dann gelte: „Keine Hilfen ohne Auflagen. Es darf keinen Blankoscheck geben.“

Parlamentariergruppe besucht Nord- und Südkorea

Stefan Müller leitet Delegationsreise nach Korea

Vom 5. bis 14. Oktober hat eine Delegation der Deutsch-Koreanischen Parlamentariergruppe des Deutschen Bundestags Nord- und Südkorea besucht. Unter Leitung des Vorsitzenden der Parlamentariergruppe und Geschäftsführers der CSU-Landesgruppe, Stefan Müller, haben die Abgeordneten ein umfangreiches Programm in den beiden getrennten Bruderstaaten absolviert.

In Nordkorea stand für die Delegation unter anderem der Besuch von Projekten der Welthungerhilfe, eines regionalen Krankenhauses und des Westmeer-Staudamms auf dem Programm. Zudem haben die Parlamentarier in Pjöngjang Vertreter der Obersten Volksversammlung und der kommunistischen Partei der Arbeit Koreas getroffen.

In Südkoreas Hauptstadt Seoul standen die bevorstehenden Wahlen, die innerkoreanische Lage und die Wirtschaftsentwicklung Südkoreas im Mittelpunkt der zahlreichen Gespräche. In Seoul trafen die deutschen Parlamentarier auch mit



Foto: CSU-Landesgruppe
Stefan Müller, der parlamentarische Geschäftsführer der CSU-Landesgruppe, vergangene Woche in Seoul im Gespräch mit dem südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan

dem südkoreanischen Außenminister Kim Sung-hwan zusammen (Bild). Im Mittelpunkt des Gesprächs stand die Entspannungs- und Wiedervereinigungspolitik auf der koreanischen Halbinsel. Die südkoreanische Regierung richtet derzeit einen Wiedervereinigungsfonds ein. Nach den Präsi-

delegationsleiter und parlamentarischer Geschäftsführer Stefan Müller. Die deutsche Delegation sicherte Südkorea auch weiterhin die Unterstützung Deutschlands und der Europäischen Union für eine Entspannung in Nordostasien und eine nachhaltige innerkoreanische Annäherung zu.

denchaftswahlen in Südkorea im April und dem Führungswechsel in Nordkorea im Januar dieses Jahres könnte neue Bewegung in die Bemühungen einer Annäherung kommen. Die Bereitschaft zu Gesprächen müsse aber wechselseitig sein, beide Seiten müssten entsprechende Signale aussenden, betonte

Bürgerstiftungen stärken die Zivilgesellschaft

Gerda Hasselfeldt würdigt ehrenamtliches Engagement

In Deutschland gibt es etwa 300 Bürgerstiftungen mit rund 21.000 Stiftern. Rund 480.000 Stunden an ehrenamtlicher Arbeit werden jährlich in diesen Stiftungen geleistet. Im Rahmen des Jubiläums „15 Jahre Bürgerstiftungen“ wurde in der vergangenen Woche erstmals die Auszeichnung „Vorbildliche Bürgerstifter“ vergeben. Dazu erklärt die Schirmherrin der Veranstaltung und Vorsitzende der CSU-Landesgruppe, Gerda Hasselfeldt:

„Ehrenamtlich aktive Mitbürger halten unsere Gesellschaft zusammen und machen sie zu einer wahrhaft menschlichen Gesellschaft. Die Bürgerstiftungen in Deutschland sind wegweisend für das zivilgesellschaftliche und ehrenamtliche Engagement. Durch ihre Arbeit für Bildung, Naturschutz oder Integration, für soziale oder kulturelle Anliegen stärken sie Toleranz und Zivilcourage. Dabei tragen die Bürgerstiftungen nicht nur dazu bei, die aktuelle Lebenssituation vieler Menschen zu verbes-



Foto: Bürgerstiftung / Jens Jeske
Gerda Hasselfeldt gratuliert Ria Gräfin von der Groeben zu ihrer Auszeichnung als „Vorbildliche Bürgerstifterin“. Zusammen mit zahlreichen anderen ehrenamtlich Engagierten wurde die 95-Jährige am Tag der Bürgerstiftungen für ihr wegweisendes bürgerschaftliches Engagement geehrt.

sern. Durch ihren Einsatz helfen sie auch, die sozialen, wirtschaftlichen und natürlichen Lebensgrundlagen

gerstiftungen“ im Bundesverband Deutscher Stiftungen ehrenamtlich geleitet hat.“

unserer Gesellschaft für künftige Generationen verantwortungsvoll zu gestalten. Egal ob in Form von finanziellen, Zeit- oder Sachspenden, jeder kann sich nach seinen Fähigkeiten und Möglichkeiten in seinem direkten Umfeld einbringen. Dieses Engagement ist nicht hoch genug zu achten. Besonderer Dank gebührt Herrn Nikolaus Turner, der in den vergangenen 13 Jahren den Arbeitskreis „Bürgerstiftungen“ im Bundesverband Deutscher Stiftungen ehrenamtlich geleitet hat.“